

Die großen Agrarunternehmen im Freistaat werden nicht größer, und kleinere Betriebe müssen ordentliche Pachtpreise bezahlen, damit sie ein Stück wachsen können – lautete ein Fazit aus der Thüringer Agrarstrukturerhebung des Jahres 2016.

Steigende Pacht- und Bodenpreise, die sich in Thüringen noch immer weit unter westdeutschem Niveau bewegen und der zunehmende Kauf von Agrarland durch Nichtlandwirte (Anteil Thüringen 2018: 25 %) haben die Parteien im Land auf den Plan gerufen. Allen voran die Linken und die Grünen. Gewarnt wird zudem vor außerlandwirtschaftlichen Investoren, die die „heimischen Betriebe verdrängen“. Eine Ausbreitung von Holdingstrukturen gelte es zu verhindern.

Das Agrarministerium unterrichtete kürzlich den Landtag davon, dass für steigende Preise in der Vergangenheit unter anderem die BVVG und die Kirche, aber auch die Landwirte selbst Verantwortung tragen. In wachsendem Maße würden Nichtlandwirte die Bodenpreise befeuern. Niedrige Zinsen lockten überdies Kapital an.

### Wer macht den ersten Aufschlag?

Kurz vor der Landtagswahl lieferten sich Linke und Grüne ein regelrechtes Rennen, wer den ersten Aufschlag in Richtung eines Agrarstrukturgesetzes macht. Die Fraktionschefin der Linken, Susanne Hennig-Wellsow, stellte in der Vorwoche Eckpunkte eines „Gesetzes zum Schutz der heimischen Landwirtschaft im Freistaat Thüringen“ vor. Agrarministerin Birgit Keller trägt diese mit. Im Laufe der Woche wollten die Grünen den Entwurf ihres „Gesetzes zur Sicherung einer bäuerlichen Agrarstruktur in Thüringen“, der der Bauernzeitung vorliegt, bei einem Fachgespräch präsentieren.

Sowohl bei der Zielsetzung als auch der Systematik ähneln sich die Vorhaben beider Parteien. Lediglich in einigen Details gibt es Unterschiede. Pate stehen hier die Gesetzentwürfe des Deutschen Bauernbundes (DBB) und der Brandenburger Grünen (*Bauernzeitung* 41/2019, S. 3).

Die Gesetze von Linken und Grünen sollen preisdämpfend auf den Bodenmarkt wirken und rechtliche Instrumente liefern, damit ortsansässige Landwirte einen besseren Zugang zu Pacht- und Eigentumsland erhalten. Au-

ßerdem will man der Konzentration von Boden (Pacht und Eigentum) entgegenwirken. Unterm Strich streben beide Parteien eine breite Streuung von Land an. Sowohl bei Pacht als auch Kauf kann den Linken zufolge das Geschäft versagt werden, wenn der Preis zehn Prozent über den örtlichen Vergleichswerten liegt (Grüne: 10 % Kauf; 30 % Pacht). Ortsansässige Landwirte (10 km Umkreis vom Grundstück) sollen Vorrechte bei Pacht und Kauf erhalten.

Keine Genehmigung zum Flächenerwerb wird erteilt, wenn

ein Betrieb mehr als 750 ha Eigentumsland bewirtschaftet. Auch die Neuangepachtung von Flächen wollen Linke und Grüne versagen, wenn damit die betriebliche Pachtfläche 1.000 ha übersteigt.

Anteilskäufe beabsichtigt die Linke zu unterbinden, wenn mehr als 750 ha Eigentum bzw. mehr als 1.000 ha Pachtfläche im Spiel sind. Bei den Grünen ist ein Genehmigungsverfahren zwingend vorgeschrieben, wenn der Vermögenswert zu 40 % auf landwirtschaftlicher Nutzfläche fußt und der neue Gesellschafter mehr als 25 % der Anteile erwirbt.

### Thüringer Agrarstruktur 2010/2016

Die Zahl der Landwirtschaftsbetriebe im Jahr 2016 ging mit 3.607 im Vergleich zum Jahr 2010 lediglich um ein Prozent (- 51 Betriebe) zurück. Diese bewirtschafteten laut Agrarstrukturerhebung 778.996 ha – knapp 7.800 ha weniger als noch 2010. Fast 30 % der Betriebe bewirtschafteten sowohl 2010 als auch 2016 eine Fläche von unter 10 ha. Über eine Nutzfläche von 10 bis 100 ha verfügten sowohl 2010 als auch 2016 reichlich 40 % der Betriebe. Der Anteil der Betriebe mit einer Flächenausstattung von mehr als 100 ha blieb mit 30 % ebenfalls konstant. Darunter waren auch jene 237 Betriebe, die jeweils

mehr als 1.000 ha nutzen konnten. Auf diese entfielen 420.000 ha.

Für das Jahr 2017/2018 geht das Agrarministerium von einem Eigentumsanteil an der bewirtschafteten Fläche bei Einzelunternehmen im Haupterwerb von 32 %, im Nebenerwerb von 56,8 %, bei Personengesellschaften von 22,5 % und bei juristischen Personen von 21,7 % aus. Der hohe Pachtflächenanteil bei juristischen Personen erklärt dem Thüringen-Institut zufolge, warum beim Verkauf von Gesellschaftsanteilen bislang ein verhältnismäßig kleiner Flächenanteil ins Eigentum der neuen Gesellschafter übergegangen ist. **FH**

# Mehr Frieden im Dorf?

Zum Ende des Wahlkampfes legen Linke und Grüne in Thüringen ihre Ideen zur **Steuerung der Agrarstruktur** bzw. Regulierung des Bodenmarktes vor.



FOTOS: FH (5); BS

### Details und Leitbild breit diskutieren

Beide Parteien wollen gesetzlich regeln, dass die Landgesellschaft ihr Vorkaufsrecht auch zur Flächenbevorratung ausüben kann.

Angekündigt wird, die Gesetze in der kommenden Legislaturperiode in den Landtag einzubringen. Linke und Grüne versprechen, ihre Vorschläge einer offenen Diskussion zu stellen, was ein agrarstrukturelles Leitbild mit einschließt. **FRANK HARTMANN**